

FRIEDENS JOURNAL



Deutschland – ein Musterbeispiel für was?

Fotomontage: Friedensjournal



- Ägypten und Syrien: Islamisten als neue Partner des Westens?
- Deutschland in der EU: Vom Exportmeister zum Zuchtmester
- Deutsche Kriegsmarine auf allen Weltmeeren
- Deutsche Entwicklungshilfe nach militärischen Maßstäben
- Soziale Rechte sind Menschenrechte – nicht in Deutschland
- Der neue deutsche Heimatschutz

Inhalt

SCHWERPUNKT

Deutschland in der EU: Vom Exportmeister zum Zuchtmester	6
Deutsche Kriegsmarine auf allen Weltmeeren	8
Deutsche Entwicklungshilfe nach militärischen Maßstäben	10

INTERVIEW

Soziale Rechte sind Menschenrechte – nicht in Deutschland	12
---	----

THEMA

Ägypten und Syrien: Islamisten als neue Partner des Westens?	3
--	---

FRIEDENSBEWEGUNG

Neuer deutscher Heimatschutz	14
------------------------------	----

RUBRIKEN

Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Bundestagswahl	5
„Deutschland ist Vorbild für Europa“	7
„Meer sein“ – Imagekampagne der Marine“	9
Urteil des BverfG vom August 2012	15
Friedensnetz Baden-Württemberg	16

BILDNACHWEIS

Seite 8 und 9: Screenshots	
Seite 10: Christine Buchholz, Seite 12: Annette Groth, Seite 14: Bernhard Trautvetter	
Redaktionsschluss dieser Ausgabe:	01.09.2013
Die nächste Ausgabe erscheint am:	15.11.2013

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:

www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
Tel.: 05 61 / 937 17574
e-mail: peter.strutynski@gmx.de
www.ag-friedensforschung.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß, Lühr Henken, Dieter Lachmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Krieg gegen Syrien – der Widerstand wächst

Liebe LeserInnen und Leser,

der Redaktionsschluss dieser Ausgabe am Antikriegstag ist geprägt von Erschütterungen gegen die Kriegstreiber einer US-geführten Militäraktion in Syrien. Nachdem die aggressive Rhetorik des britischen Premierministers Cameron durch das britische Unterhaus zurecht gestutzt wurde, musste auch der Friedensnobelpreisträger und oberste Kriegsherr Obama zurückstrecken, indem er nunmehr eine Zustimmung des Kongresses als Voraussetzung für eine "Strafaktion" nannte. Dass in den zurückliegenden Wochen immer von einer "kurzen" Militäraktion die Rede war, liegt in Kosten-Nutzen-Rechnungen der US-Militärs begründet. Abgesehen von dem Zynismus, der darin besteht, die Planung von Kriegsverbrechen ähnlich zu betrachten wie ein technischen Großprojekt, zeigen sich hier immer mehr die Grenzen der US-Eingriffsmöglichkeiten. Schließlich muss selbiger US-Kongress bereits demnächst wieder einmal über die gesetzlich verankerte Schuldenobergrenze debattieren und die Kosten der gigantischen US-Kriegsmaschinerie und neuer Kriegsführungskosten sind längst nicht mehr tabu. Deshalb zeigt sich hier auch die Empfindlichkeit der Kriegstreiber gegen den weltweit zunehmenden Widerstand. (Zum Thema Chemiewaffeneinsatz in Syrien hatten wir bereits in der letzten Ausgabe des Friedensjournals einen Artikelbeitrag).

Die Friedensbewegung in Deutschland hat deshalb mit den zahlreichen Veranstaltungen und Demonstrationen zum diesjährigen Antikriegstag auch einen Anteil am Sand im Getriebe der Kriegspropaganda.

Unser Schwerpunktthema ist diesmal der Bundestagswahlkampf 2013, in dem die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands als Erfolgsstory dargestellt wird. Dieses hat ebenso viel mit der Realität zu tun hat, wie der angebliche Chemiewaffeneinsatz in Syrien durch das Assad-Regime.

Insbesondere anhand der kontrovers diskutierten Frage um einen Euro-Austritt (durch wen?) stellt sich die Frage, welche Rolle Deutschland innerhalb der EU führt. In früheren Jahrzehnten war viel die Rede davon, dass Deutschland ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg sei, was vereinzelt noch heute kolportiert wird. In dem Beitrag von Winfried Wolf wird

klar, dass mittels des Euro eine erdrückende Dominanz Deutschlands in der EU erreicht wurde.

Die derzeitige militärische Aggressivität der britischen Regierung Cameron und des französischen Präsidenten Hollande in Bezug auf Syrien kann man übrigens auch als Versuch ansehen, die gegenüber Deutschland verlorene Führungsrolle zumindest auf militärischem Gebiet zu demonstrieren.

Die relative Zurückhaltung der deutschen Bundesregierung zum Syrien-Krieg besagt freilich keineswegs, dass die militärische Komponente wenig Bedeutung hätte. Der Beitrag über die zunehmende Rolle der deutschen Kriegsmarine auf den Weltmeeren analysiert die militärische Komponente der Import-Export-Nation Deutschland. Dieses gilt ebenso für den Beitrag von Peer Heinelt über die Militarisierung der Entwicklungshilfe, bzw. deren Instrumentalisierung für rein wirtschaftliche Interessen.

Wenn in Deutschland von Menschenrechten die Rede ist, dann erfolgt dieses seitens der Politik und der Mainstream-Medien praktisch immer in Bezug auf andere, sehr selektiv ausgewählte Länder. Dass bei Menschenrechten hierbei doppelte Standards gelten, haben wir nicht nur im Friedensjournal bereits häufiger thematisiert, sondern könnten wir auch in Bezug auf Syrien an dieser Stelle anprangern. Wir haben die Bundestagsabgeordnete Annette Groth als Menschenrechtsbeauftragte der Fraktion DIE LINKE dazu befragt, wie sich die Situation in Deutschland selbst eigentlich darstellt. Ihr Resümee dazu ist erschütternd.

Auf Seite 5 haben wir einen Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Bundestagswahl abgedruckt. Darin wird einerseits die Rolle der Bundestagsfraktion DIE LINKE für die Friedensbewegung gewürdigt, aber auch betont, dass Ansprechpartner und Unterstützer auch in anderen Parteien für uns sehr wichtig sind, gerade jetzt, wo die Meinungen im bürgerlichen Lager zum US-Krieg gegen Syrien sehr gespalten und von widersprüchlichen Äußerungen führender Politiker geprägt sind. Eine tatsächliche Ablehnung von US-Kriegsabenteuern durch die Bundesregierung muss deshalb von uns vehement eingefordert werden.

Die Redaktion

Ägypten und Syrien: Islamisten als neue Partner des Westens?

von Werner Ruf, emer. Professor für internationale Politik, Edermünde

Wann ist ein Putsch ein Putsch?

Der erste im Juni 2012 frei gewählte Präsident Ägyptens, Mohamed Mursi, wurde am 3. Juli nach tagelangen Massenprotesten gegen seine Politik vom Militärrat abgesetzt. Die säkulare Opposition behauptete, über 22 Mio. Unterschriften für den Rücktritt des Präsidenten gesammelt zu haben, was etwa ein Viertel der ägyptischen Bevölkerung wäre. Damit wurde der Legitimation Mursis durch Wahlen, deren Ergebnisse auch erst nach tagelangem Tauziehen bekannt gegeben worden waren, eine neue und andere demokratische Legitimation entgegen gestellt. Handelte das Militär also als Vollstrecker des Volkswillens?

Vordergründig handelt es sich also um einen Streit über die demokratische Legitimation des Präsidenten einerseits, des Militärs (und der Mehrheit des Volkes?) anderseits. Doch was ist Demokratie? Hier rächt es sich, dass gerade auch in der westlichen Berichterstattung Demokratie ausschließlich auf Wahlergebnisse reduziert wird: Um zu funktionieren, bedarf sie einer Verfassung, die die Rechte, Pflichten und Freiheiten der Bürgerinnen sichert, und sie bedarf einer funktionierenden Gewaltenteilung.

Verfassung: Ein Instrument für Demokratieabbau?

Ägypten hatte sich am 30. November 2012 eine neue Verfassung gegeben. In der Verfassunggebenden Versammlung hatten – auch aufgrund des Boykotts linker und säkularer Gruppen – die Muslimbrüder und die salafistische Nour-Partei 66 der 100 Sitze erhalten. Diese Verfassung war im Dezember 2012 bei einer Wahlbeteiligung von 33% mit 64% der abgegebenen Stimmen angenommen worden. Schon zu diesem Zeitpunkt zeigte sich die Polarisierung zwischen den fundamentalistischen und den säkularen Kräften:

Die Verfassung war stark islamistisch geprägt: Frauenrechte wurden massiv eingeschränkt, auch ein Minderheitenschutz fehlt, was insbesondere die koptische Gemeinschaft als Drohung empfindet. Schließlich wurde die religiöse al Azhar-Universität für gewis-

se Teile der Verfassung nahezu in den Rang eines Verfassungsgerichts erhoben: So bestimmt Art. 4 der Verfassung, dass Gelehrte der Universität „zu Fragen, die das islamische Recht betreffen, gehört werden müssen“, ein Gummi-Paragraph, der nach Belieben benutzt werden kann. Oder Artikel 11, wonach der Staat „die Moral und die Öffentliche Ordnung (schützt)“ Hier wird dem Einfluss der Religiösen Tür und Tor geöffnet.

Die Muslimbrüder nutzten die ihnen formal zugefallene Macht, um wichtige Posten in der Verwaltung mit ihren Leuten zu besetzen, insbesondere zahlreiche Gouverneursposten, was durchaus als schleichender Staatsstreich verstanden werden kann.

Die eskalierende Gewalt und die neuen anti-islamistischen Demonstrationen auf dem Tahrirplatz spalteten das Land immer mehr. Diese Situation wurde angeheizt durch akute Versorgungsmängel und rasant steigende Preise. Dieses scheint organisiert gewesen zu sein, was umso leichter war, als Schlüsselindustrien wie gerade auch die Raffinerien im Besitz von Magnaten des alten Regimes, vor allem aber auch von Militärs sind, die – je nach Angaben – zwischen 15% und 40% der ägyptischen Ökonomie kontrollieren. Tatsache ist, dass mit dem Tage des Putsches diese Versorgungsmängel verschwunden sind.

Neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der Islamisten

Das Agieren der Muslimbrüder in Ägypten ist geprägt von einem totalen Versagen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einst stammte die Legitimität der Islamisten vor allem aus ihren karitativen Dienstleistung, die in Zeiten des Mubarak-Regimes eine große Rolle spielten, aber nichts mit moderner Ökonomie zu tun haben. Für die „Sanierung“ der desolaten Wirtschaft hatte der IWF einen Milliardenkredit in Aussicht gestellt. Damit wären Forderungen verbunden gewesen, die eine Erhöhung von Steuern und vor allem die Streichung von Subventionen für Benzin und Diesel vorsahen. Da deren Umsetzung das frühe Aus der Regierung Mursi bedeutet hätte, wurde eine Entschei-

dung hierüber allerdings verschoben und damit das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gebracht. Die politische Unsicherheit führte auch zu einem gravierenden Rückgang des Tourismus und der daraus resultierenden Deviseneinnahmen. Diese Situation illustriert die Abhängigkeit der Ökonomien des Südens, die auf Gedeih und Verderb vom Wohlwollen des ausländischen Kapitals und der internationalen Finanzinstitutionen abhängig sind.

Die Islamisten schienen aber dem Westen durchaus willkommen, sind sie doch konsequente Vertreter einer freien Marktwirtschaft. Investitionen aus dem Ausland sind grundsätzlich willkommen. Durch EU-Assoziierungsabkommen, wie z.B. jüngst mit Tunesien, erfolgt eine Marktöffnung für industriell gefertigte Waren, denen einheimische Produkte nicht standhalten können. Damit wird die Entstehung eines einheimischen Kapitalismus von vornherein verhindert.

In Ägypten setzte Mursi die Politik Mubaraks fort, indem er öffentliche Ausgaben drosselte und eine neo-liberale Politik betrieb, die den Reichen nutzte – einschließlich der Magnaten des alten Regimes. So sollten die vom IWF geforderten Strukturanpassungen schrittweise umgesetzt werden. Die von den Demonstranten geforderte strafrechtliche Verfolgung der Wirtschaftskriminellen des Mubarak-Regimes unterblieb, da Mursi versuchte, der Muslimbrüder-Bourgeoisie Pfründen innerhalb des Systems zu sichern.

„Arabellion“ 2011: Auch im Westen gefeiert

Die Revolten in Tunis und in Kairo waren seinerzeit von den USA wie vom Westen insgesamt begeistert begrüßt worden. Begleitet von der Jubelberichterstattung des quatarischen Fernsehsenders al jazeera ließ der Westen jene korrupten Diktatoren wie heiße Kartoffeln fallen, die Jahrzehnte lang die verlässlichen Statthalter der wirtschaftlichen Ausplünderung und der brutalen Repression vor allem gegen die Islamisten gewesen waren. Und der deutsche Außenminister schwärmte im Januar 2012 in Tunis von „isla-

misch-demokratischen Parteien“, die er mit den europäischen Christdemokraten verglich.

US-Politik: Regionale Statthalter verzweifelt gesucht

Die USA sind offensichtlich nicht mehr in der Lage oder willens, alleine ihre und die Interessen des Westens in diesem Raum militärisch zu sichern. Nach den verlorenen Kriegen in Afghanistan und Irak ist die Bevölkerung der USA kriegsmüde. Vor allem aber befinden sich Wirtschaft und Gesellschaft der USA in einem wohl nicht mehr umkehrbaren Niedergang. Als neue Statthalter bieten sich Saudi-Arabien, Qatar und die Staaten des Golf-Kooperationsrats (GCC) an, die durch eine Islamisierung der Region auch ihre eigenen Herrschaftssysteme abzusichern versuchen.

Syrien und die säkularen Regime in Tunis, Kairo, Tripolis und Algier waren stets auch eine politische Herausforderung für die Despoten am Golf. Mit einem Sturz Assads wird auch die Position Teherans geschwächt, das sich immer unverhohlene Kriegsdrohungen Israels ausgesetzt sieht.

In grotesker Weise gelingt es Saudi-Arabien, das wie kein anderes Land mit seinem archaisch-islamischen System elementare Menschenrechte täglich verletzt, sich mit Applaus der westlichen Politik an die Spitze der Kämpfer für Freiheit und Demokratie im Nahen Osten zu setzen. Der Golf-Kooperationsrat, dem nun auch Marokko und Jordanien beitreten wollen, und die Arabische Liga unter Führung von Qatar und Saudi-Arabien sind im Begriff, sich mit Unterstützung des Westens zur neuen regionalen Ordnungsmacht aufzubauen.

Ägypten ist nicht nur das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt, es kontrolliert auch den Suezkanal und hat eine gemeinsame Grenze mit Israel. Schon dies allein ist ein zwingender Grund, das Land unter Kontrolle zu halten. Deshalb wohl entdeckte der Westen plötzlich die Islamisten der ganzen Region als neue Partner. Als aber die Lage in Ägypten eskalierte, gaben die USA den Militärs grünes Licht für ihren Putsch, um so einen möglichen Bürgerkrieg und die sich daraus entwickelnden Unwägbarkeiten zu vermeiden. Von Putsch durfte aber nicht gesprochen werden,

denn sonst könnten die USA ihre jährliche Militärhilfe in Höhe von 1,3 Mrd. \$, das wichtigste Instrument zur Kontrolle des Militärs, nicht fortsetzen.

Qatar: pro Muslimbrüder Saudi-Arab.: pro Salafisten

Seit über zwei Jahren ist immer deutlicher sichtbar, dass die USA und in ihrem Gefolge die EU zusehen, wie Qatar und Saudi-Arabien, um ihre eigene Macht zu stabilisieren, mit viel Geld die Islamisten unterstützen. Damit wird in Syrien ein Regimewechsel betrieben, der – zusammen mit der drohenden direkten militärischen Intervention der USA - die ganze Region zu destabilisieren droht. Deshalb ist es für den Westen wichtig, eine neue verlässliche Regionalmacht aufzubauen, die den Fluss von Öl und Gas sichert, die Region unter Kontrolle zu halten vermag und vor allem ein politisch-strategisches Gegengewicht gegen den Iran, den gemeinsamen Erzfeind der Despoten am Golf, Israels und der USA zu bilden vermag. Der Versuch, das Assad-Regime zu stürzen, ist Teil dieser regionalen Strategie, in der sich Islamisten aller Couleur von den saudischen Wahabiten über die Qataris bis zur türkischen AKP einig sind.

Wie aber gerade der Krieg in Syrien zeigt, ist die islamistische Front keineswegs ohne innere Gegensätze: Während Saudi-Arabien die dem Wahabismus zuneigenden Salafisten stützt, setzen die Qataris auf die Muslimbrüder. Diese sind den Saudis ob ihrer Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit wie auch ihrer breiten Anhängerschaft im ganzen arabischen Raum bis zur Türkei ein Dorn im Auge.

In diesen Kontext gehört, dass Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait, nicht aber Qatar, der ägyptischen Militärführung sofort nach dem Sturz Mursis 12. Mrd. US \$ zur Verfügung stellten – mehr als das Doppelte dessen, was der IWF als Kredit in Aussicht gestellt hatte. Demgegenüber hatte Qatar die Muslimbrüder allein im letzten Jahr mit 8 Mrd. \$ unterstützt.

Offener Kampf zwischen Qatar und Saudi-Arabien

Der Kampf um die Hegemonie über die islamistische Ideologie zwischen Qatar und Saudi-Arabien scheint offen ausgebrochen, der in der ganzen isla-

mischen Welt viel beachtete Prediger Youssef al-Qaradawi wird nicht müde, auf dem qatarischen Sender al jazeera gegen den Militärputsch in Ägypten zu wettern.

Syrien-Krieg mit gut bezahlten Söldnern

Die Angriffe [gegen Syrien] werden aber nicht die weitgehend unklare Struktur der »Freien Syrischen Armee« unterstützen, sondern Brigaden von Islamisten, die aus Damaskus die Hauptstadt eines »Islamischen Kalifats« machen wollen. Dank ihrer überwiegend saudischen Geldgeber haben sie seit ihrem ersten Angriff auf die Metropole im Juli 2012 rund 25.000 Kämpfer im Gebiet Ghouta (Oase) zusammengezogen. Der einstige Grüngürtel im Osten und Süden von Damaskus ist zur Kampfzone und zum Sammelpunkt von Kämpfern aus allen Landesteilen und aus dem Ausland geworden. [...]

Kaum ein Medium ging auf die Frage ein, warum die syrische Armee Giftgas einsetzen sollte in einer Situation, wo sie erfolgreich und auf dem Vormarsch war. [...]

Die Entwicklung deutet darauf hin, dass die Sponsoren der islamistischen Brigaden ihren unter Druck geratenen Bodentruppen eine Pause verschaffen wollten. Der Giftgasangriff bot ihnen eine goldene Gelegenheit. [...]

Trotz der massiven westlichen und saudischen Unterstützung konnten die Aufständischen sich gegen die syrische Armee nicht durchsetzen. Innerhalb der Aufständischen-Front gibt es zudem Differenzen zwischen den Gruppen, die von den Saudis finanziert werden und denen, die dem Emirat Qatar unterstehen. Der saudische Geheimdienstchef Prinz Bandar bin Sultan hält die Gruppen aus, die gemeinhin als »Al-Qaida-nah« beschrieben werden. Qatar wiederum unterstützt islamistische Gruppen, die der Muslimbruderschaft nahestehen. Wiederholt ist es zwischen diesen Lagern zu tödlichen Konfrontationen gekommen.

*Quelle: junge Welt, 31.08.2013
(Karin Leukefeld)*

Das westliche Bündnis mit den reaktionärsten islamistischen Kräften nimmt dem westlichen Gerede vom

Schutz der Menschenrechte jede Glaubwürdigkeit und erscheint geradezu grotesk: Kaum haben die arabischen Völker durch ihre Aufstände die Samuel P. Huntingstons Clash of Civilizations zugrunde liegende These von der Demokratieunfähigkeit der islamischen Völker widerlegt, da stützt sich der Westen auf jene Kräfte, die ihrerseits das kulturalistische Paradigma des Kampfs der Kulturen nutzen, um ihre anachronistische Macht zu erhalten.

Perspektiven?

Es mag sein, dass der Putsch Ägypten vor einer Konfrontation zwischen seinen beiden gesellschaftlichen Blöcken bewahrt hat. Doch weitaus plausibler dürfte die Einschätzung sein, dass das Land am Nil auf eine noch heftigere und erbitterte Konfrontation zuzusteuern droht, denn die Muslimbrüder sind abermals in ihrer fast hundertjährigen Geschichte zu Opfern gewor-

den, die sich nun sogar auf eine demokratische Legitimation berufen können. Diese Konfrontation dürfte sich nicht auf Ägypten beschränken lassen, sondern könnte aufgrund der sozialen Verankerung des Muslim-Brüder die gesamt arabische Welt erfassen. Dann würde sichtbar, auf welch tönernen Füßen das saudische Regime und seine despatischen Partner am Golf wirklich stehen. Gleichzeitig ist in dieser Situation kaum anzunehmen, dass die Militärs in Kairo bereit sein werden, ihre Macht wirklich an „das Volk“ zurückzugeben.

Die westliche Politik hat sich in ein schwer auflösbares Dilemma laviert: Die Unterstützung putschistischer Militärs kann keine politische Lösung der Krise bringen, den Muslimbrüdern verhilft der Putsch zu einer neuen Märtyrer-Gloriole. Linke und demokratische Hoffnungen auf einen grundlegenden Wandel dürften sich kaum erfüllen: Nicht nur hatte der Westen ihnen die

Muslimbrüder vorgezogen, das comeback des alten Regimes hinter den Gewehrläufen lässt erahnen, dass die Gewerkschaften und die Linken in der zweiten Etappe dieser Konterrevolution ihre wenigen erkämpften Freiheiten verlieren werden. Die saudischen Despoten und die von ihnen weltweit unterstützten Salafisten aber haben auf die sozialen und ökonomischen Herausforderungen der in die neoliberalen Globalisierung eingebundenen muslimischen Gesellschaften noch weniger Antworten als die Muslimbrüder. Dem steht gegenüber das Wissen der Massen, dass sie nach fünftausendjähriger pharaonischer Herrschaft Diktatoren zu stürzen vermögen. Dies gilt für die gesamte arabische Welt. Das Ende der Geschichte ist nicht nur in der arabischen Welt noch lange nicht erreicht.

Der Text basiert auf einem längeren Artikel, der soeben in Heft 9 der Zeitschrift Sozialismus erschienen ist.

Eine Stimme für Frieden und Abrüstung

Aufruf des Bundesausschusses

Friedensratschlag zur Bundestagswahl 2013

Zum Stopp von Rüstung und Kriegseinsätzen hat die Friedensbewegung eine Vielzahl von Forderungen und Anregungen. Die folgenden neun Essentials sind Teil der friedenspolitischen Schwerpunkte des Bundesausschusses Friedensratschlag. Mit ihnen wollen wir uns auch in den Bundestagswahlkampf einbringen und die Parteien und ihre Kandidatinnen und Kandidaten zur Stellungnahme herausfordern:

1. Den Afghanistan-Krieg sofort beenden – Alle Truppen zurückholen
2. Den Krieg in Syrien stoppen – jegliche militärische Einmischung beenden – „Patriots“ aus der Türkei abziehen
3. Kein Krieg gegen Iran – Sanktionen beenden – Für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten
4. Israel-Palästina: Besatzung beenden – Für einen gerechten Frieden
5. Atomwaffen abschaffen – und sofort aus Deutschland (Büchel) abziehen
6. Neue Waffentechnologien verbieten – Keine Kampfdrohnen
7. Keine Interventionsarmee Bundeswehr
8. Schluss mit den Waffenexporten – Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion
9. Gegen die Militarisierung von Bildungswesen und Gesellschaft – Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen

Im deutschen Bundestag sehen wir uns damit konfrontiert, dass nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Krieg wieder als normales Mittel der Politik betrachten. Allen vier Fraktionen ist mittlerweile gemeinsam, dass Militärinterventionen nur noch eine Frage der Zweckmäßigkeit und damit eine „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ sind.

Lediglich die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat bisher grundsätzliche Gegenpositionen zu Rüstung und Kriegseinsätzen bezogen. Dies ist mit zahlreichen Abstimmungen, parlamentarischen Anfragen und Anträgen, Redebeiträgen, Presseerklärungen und Vor-Ort-Aktivitäten dokumentiert. Dazu gehört auch die notwendige Kritik am wirtschaftlichen und politischen Führungsanspruch Deutschlands in der EU.

Die Friedensbewegung braucht im neu zu wählenden Bundestag wieder zahlreiche parlamentarische Ansprechpartner. Dazu benötigen wir nicht nur eine starke Fraktion DIE LINKE, die mit ihrem politischen Gewicht den Block der anderen Fraktionen in friedenspolitischen Fragen aufbrechen kann, sondern auch Abgeordnete in den anderen Parteien, die mit unseren Positionen übereinstimmen oder mit ihnen sympathisieren. Konsequente Friedenspositionen müssen im nächsten Bundestag stärker werden.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ist parteipolitisch unabhängig. Wir unterstützen deshalb alle Bundestagskandidatinnen und -kandidaten, die friedenspolitisches Engagement zeigen – auch im Sinne der oben genannten Forderungen. So kann der notwendige Widerstand gegen Rüstung und weltweite Kriegseinsätze auch parlamentarisch wirksam werden.

Deutschland in der EU: vom Exportmeister zum Zuchtmeister

von Winfried Wolf, Chefredakteur der Zeitschrift Lunapark21

Die aktuelle Debatte um den Euro sollte in den größeren Zusammenhang der EU selbst, also der 1957 gegründeten EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) bzw. EG (Europäische Gemeinschaft) gestellt werden. Mit diesem Rückgriff wird auch klar, dass es um mehr geht als um die Einheitswährung, die in dem größten Teil der EU inzwischen vorherrscht.

Euro-Geburtshelfer: Deutsche Kapitalinteressen

EWG/EG/EU und Euro waren immer Projekte des Kapitals und immer vor allem von deutschen Kapitalinteressen bestimmt. Fortschrittliche Zielsetzungen waren damit nie verbunden. Am Ursprung standen die Union der ehemaligen Rüstungs-, Kohle- und Stahlunternehmen (EGKS).der Zusammenschluss der Atomindustrie zu Eureatom und die Bildung einer "Europäischen Verteidigungsunion (EVU)"

Auf dieser Grundlage wurde 1957 die EWG mit dem ungleichen Tandem Westdeutschland-Frankreich gebildet.

"Die Einigung Europa ist eine zwangsläufige Entwicklung. [...]

Die Aufgabe des Europäischen Wirtschaftstages und seiner Ausschüsse ist die Vorbereitung und Durchführung europäischer Wirtschaftskonventionen zur Lösung der gemeinsamen wirtschaftlichen Aufgaben, z. B. für die Behandlung der europäischen Wirtschaftsprobleme unter dem Gesichtspunkt der Blockadefestigkeit, die Regelung des Warenaustausches nach dem Grundsatz der europäischen Präferenz gegenüber den außereuropäischen Ländern mit dem späteren Ziel einer europäischen Zollunion und eines freien europäischen Marktes, europäisches Zentralclearing und feste innereuropäische Währungsverhältnisse mit dem späteren Ziel einer europäischen Währungsunion, Angleichung der europäischen Arbeitsbedingungen und soziale Fürsorge im Sinne einer Aufwärtsentwicklung, langfristige Produktionsplanungen auf gewerblichem sowie auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet."

Aus: Denkschrift des deutschen Auswärtigen Amtes "über die Schaffung eines europäischen Staatenbundes" vom 9. September 1943.

Quelle: www.spengler-priv.de

Die europäische Einheitswährung ist ein altes Projekt der deutschen Kapitalkreise. Das wurde seit den 1980er Jahren in der EG/EU debattiert und findet sich im Vertrag von Maastricht wieder. Der Euro wurde zu dem Zeitpunkt eingeführt, als auch die maßgeblichen deutschen Kapitalkreise in diesem ein Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen erkannten. Theo Waigel formulierte 1997 als deutscher Finanzminister unmissverständlich: "Der Sitz der Europäischen Zentralbank wird Frankfurt sein oder aus der Veranstaltung wird nichts."

Europäischer Nationalstaat – deutsch dominiert

Das Projekt einer europäischen Freihandelszone beinhaltete immer auch die Option eines europäischen Nationalstaats als imperialistischem Gegenpol zu den USA. Allerdings war die EWG in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz eng mit US-Interessen verbunden. Und die heutige EU scheint sich erneut in Richtung Partnerschaft mit den USA zu bewegen. Bei Gründung des EWG konnte keine Rede davon sein, dass diese Freihandelszone eine Konkurrenz zu den USA werden könnte. Die USA dominierten den Weltmarkt. 1962 brachte John F. Kennedy in einer Rede vor dem US-amerikanischen Industriellenverband das Verhältnis USA/EWG wie folgt auf den Punkt: "Es handelt sich (bei der EWG) um ein geschichtliches Zusammentreffen von Notwendigkeit und großen Möglichkeiten; in demselben Augenblick, in dem wir dringend eine Steigerung unserer Exporte brauchen, um unsere Zahlungsbilanz zu schützen und unsere Truppen im Ausland zu bezahlen, entsteht jenseits des Atlantiks dieser gewaltige neue Markt."

Der wirtschaftliche Niedergang der USA und der kurzzeitige Aufschwung der EU Anfang der 1990er Jahre beflogelte Bestrebungen, die EU als wirtschaftliche und perspektivisch auch militärische Gegenmacht zu den USA aufzubauen. Die Krise in der EU, der neue Aufschwung Nordamerikas, die nach dem 11.September 2001 eher

nochmals gefestigte militärische Hege monie der USA und insbesondere der wirtschaftliche Aufstieg Chinas veränderten die strategischen Optionen. Aktuell steht ein neues transatlantisches Bündnis USA-EU mit der perspektivischen Frontstellung gegen China auf der Tagesordnung. Ein Ausdruck davon ist die Bildung der Troika, in der der Internationale Währungsfonds, der stark von US-Interessen bestimmt wird, maßgeblicher Bestandteil ist.

Euro – eine Fehlkonstruktion

Nirgendwo in der kapitalistischen Welt hatte jemals eine gemeinsame Währung für mehrere unterschiedlich starke Nationalstaaten bei Weiterexistenz nationaler Politiken Bestand. Das Scheitern der Skandinavischen Währungsunion (1885-1924) mit der Rückkehr zu den alten nationalen Währungen ist beispielhaft, wobei hier mit Schweden, Dänemark und Norwegen vergleichbar starke Ökonomien zu einer Währungsunion zusammengeschlossen waren. In der Nordatlantischen Freihandelszone NAFTA (USA, Kanada und Mexiko) herrscht zwischen Mexiko als wirtschaftlich relativ schwachem Land und den USA bzw. Kanada als starken Ökonomien ein vergleichbares Gefälle wie im Euroraum zwischen Deutschland und Spanien oder Italien.

In dieser Freihandelszone wird eine Einheitswährung erst gar nicht ernsthaft diskutiert. Der mexikanische Peso wird gegenüber dem US-Dollar kontinuierlich abgewertet: 1994, beim NAFTA-Start, löhnte man drei Peso für einen US-Dollar, heute sind es 12,5 Peso.

Euro-Vorläufer EWS: 1993 gescheitert

Es gab einen gescheiterten Euro-Testlauf das Europäische Währungssystem (EWS).

1979 wurde das Europäische Währungssystem (EWS) geschaffen. Es band fast alle EG/EU-Währungen eng aneinander, auch das britische Pfund. Es verfügte über Ausgleichsmechanis-

men und Flexibilität. Dennoch brach 1993 das EWS im Gefolge der Krise 1991/92 zusammen. 1993 waren die Währungen der damaligen Peripherieländer Portugal, Spanien und Italien gegenüber der DM des Jahres 1979 um 75, 54 und 52 Prozent abgewertet. Selbst die Währungen eher starker Länder wie Großbritannien und Frankreich mussten Abwertungen um rund 33 Prozent hinnehmen. Diese Relationen im 14-Jahres-Zeitraum des EWS entsprechen ziemlich genau den Schätzungen, wie stark heute, 14 Jahre nach Einführung des Euro, Abwertungen im Euroraum stattfinden müssten wenn es denn noch nationale Währungen geben würde. Weil das dank des Korsetts Euro nicht stattfindet, wird ein Peripherieland nach dem anderen in die Arme der Troika getrieben.

Euro-Desaster wurde vorhergesagt

Der damalige Fraktionsvorsitzende der PDS im Bundestag, Gregor Gysi, argumentierte am 23. April 1998 im Bundestag:

"Das heißt doch, wir wollen (mit dem Euro) den Export Deutschlands erhöhen und damit die Industrie in Portugal, Spanien und anderen Ländern schwächen. Die werden verost-deutsch, weil sie diesem Export nicht standhalten können. Das (wird) zu einer weiteren Spaltung in Europa führen."

Es kam noch wesentlich schlimmer. Da irritiert es erheblich, dass man sich an diese Vorhersagen und an die Plakate der PDS "Euro so nicht!" nicht er-

innern will, dass daraus keine Konsequenzen gezogen werden und dass man ausgerechnet jetzt glaubt, der Euro ließe sich "demokratisieren".

EU auf dem Weg zum autoritären Euro-Staat

Seit Ausbruch der Euro-Krise vor gut drei Jahren wurde aus dem Sonderfall Griechenland der Normalfall Euroraum-Peripherie. Mit den (ganz oder halb) unter den Schutzhütern geflüchteten Ländern Griechenland, Spanien, Portugal, Irland, Zypern und Slowenien sind bereits 70 Mio. Menschen von den Troika-Programmen mit Sozialabbau, Kahlschlag-Privatisierung, vertiefter Krise, Hochschnellen der Arbeitslosigkeit und Entmachtung der nationalen Parlamente betroffen. In Kürze werden auch Italien und Frankreich "verostdeutsch" werden. Selbst wenn in Deutschland die Löhne real etwas steigen und die Arbeitszeiten wieder verkürzt werden sollten (was es ja gerade 1979 bis 1993 gab, als dennoch die genannten Abwertungen stattfanden!) würde dies am grundsätzlichen Ungleichgewicht wenig ändern. Sollte das Krisenmanagement der Troika Erfolg haben, dann wird die gesamte EU nach dem Vorbild dieser Technokraten-Diktatur umgemodelt werden.

Spaltung statt Einigung Europas durch den Euro

Eine fortschrittliche Position "Der Euro ist ein historischer Fortschritt" müsste auch europaweit vertretbar sein. Das ist nicht der Fall.

Es gibt gute Gründe für Linke in Großbritannien, Dänemark, Schweden,

Polen, Ungarn und in Tschechien, ganz zu schweigen von der Schweiz, Norwegen oder gar Island, eine Einführung des Euro abzulehnen. Wer in diesen Ländern für die Einführung des Euro plädiert, setzt sich dem begründeten Verdacht aus, für die Hegemonie der deutschen Konzerne und Banken einzutreten. Es leuchtet nicht ein, warum dieser Argumentationsstrang in den Nicht-Euro-Ländern Gültigkeit hat, dann aber im Kern der Eurozone, etwa in Deutschland und Österreich, der Euro Ausdruck eines historischen Fortschritts sein soll.

Bilanz und Folgerungen

Der Euro ist die Krönung der EU als Projekt der großen Konzerne und Banken. Er ist inzwischen das entscheidende Element zur Strangulierung der schwachen EU-Ökonomien und zur Durchsetzung deutscher Kapitalinteressen. Ein organisierter Rückzug zumindest der Peripherieländer aus der Einheitswährung, flankiert von Kapitalverkehrskontrollen und radikalen Schuldenschnitten, ist sinnvoll, wenn eine weitere Vertiefung der Krise der gesamten EU vermieden werden soll.

Entscheidend bleibt jedoch all das, was die Gegenmacht zu den Banken und Konzernen stärkt: Arbeitszeiten verkürzen, Löhne raus, Hartz IV weg, Mindestlöhne her, direkte Demokratie erproben: Arsch huh, Zäng ussenander Et Blockupy und vor allem praktizierte Solidarität mit denen, die von der EU, dem Euro und der Troika platt gemacht werden.

Weiter Infos: www.lunapark21.de

„Deutschland ist Vorbild für Europa“

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2013
vom 12.09.2012

Solide Finanzen, Solidarität mit den Schwachen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, um die Zukunft zu sichern, seien die Grundprinzipien ihrer Politik, hat die Kanzlerin im Bundestag betont. Das gelte sowohl "für unser Vorgehen in Europa, als auch für unsere Politik hier Zuhause". [...]

Mit Blick auf die derzeitige Krise im Euro-Raum sagte die Kanzlerin, dass Deutschland Stabilitätsanker und Wachstumsmotor sei. Ihr Fazit: "Deutschland geht es gut".

Denn solide Finanzen, Solidarität mit den Schwachen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit seien die Grundprinzipien ihrer Politik, betonte Merkel. Dass Deutschland so gut dastehe, sei Verdienst der Menschen in Deutschland, aber auch der Regierungsarbeit. [...] Deutschland werde es auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch Europa gut gehe. Es gebe erste Fortschritte bei der Krisenbewältigung, so Merkel. Als Beispiele nannte sie die Rettungsschirme EFSF und ESM sowie Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit. "Ich möchte, dass wir wettbewerbsfähiger, innovativer und kreativer werden und daran arbeiten wir."

Quelle: www.bundesregierung.de

Deutsche Kriegsmarine auf allen Weltmeeren

von der Redaktion German-Foreign-Policy

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) spricht sich in einem aktuellen Positionspapier für den Aufbau neuer „militärische(r) Kapazitäten“ in der deutschen Kriegsmarine aus. Die Bundesrepublik sei ökonomisch stark vom Meer abhängig, heißt es in dem Papier; dies sei nicht nur auf die maritime Wirtschaft im engeren Sinne zurückzuführen, die immerhin drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erarbeite, sondern auch darauf, dass die Exportindustrie große Teile ihrer Ausfuhren per Schiff transportiere. Mit dem stetigen Welthandels-Wachstum nähmen die „Risiken entlang der globalen maritimen Wertschöpfungskette“ zu; es entstünden neue „Schwachstellen“ des „maritimen Transportnetzes“ – etwa vor Westafrika –, an denen auch Deutschland zukünftig Präsenz zeigen müsse, ganz wie heute am Horn von Afrika. Die Marine wird dementsprechend aufgerüstet und erhält in Kürze den dritten „Einsatzgruppenversorger“, der als Operationsbasis für Einsätze vor fernen Küsten dient; weitere neue Kriegsschiffe, darunter U-Boote und Fregatten, folgen. Militärs plädieren über die Aufrüstung hinaus dafür, Marineinitiativen der NATO und der EU zu forcieren.

„Meer. Für Dich.“ - Die Imagekampagne der Marine



Die maritime Wertschöpfungskette

In ihrem neuen Positionspapier bilanziert die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) zunächst die ökonomische Bedeutung der Weltmeere für die globale Wirtschaft im Allgemeinen und für die Bundesrepublik im Besonderen. Demnach seien in Deutschland rund 400.000 Menschen „im Bereich der

maritimen Wirtschaft“ beschäftigt; sie erarbeiteten derzeit rund 85 Milliarden Euro im Jahr – etwa drei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Diesen Angaben liege dabei „eine sehr enge Definition von ‘maritim’ zugrunde“. Berücksichtige man, dass „der Anteil importierter und exportierter Güter am Bruttoinlandsprodukt gegenwärtig bei rund 70 Prozent“ liege und der Außenhandel seinerseits zu rund 60 Prozent „über den Seeweg abgewickelt“ werde, dann erhalte man einen realistischeren Eindruck von der ökonomischen Bedeutung der Meere. So würden „über 20 Prozent der deutschen Automobilproduktion nach Übersee exportiert“; der „Exportanteil des deutschen Maschinenbaus über See“ liege gar „bei 55 Prozent“. Weil deutsche Konzerne ihre Fertigung immer stärker auf die jeweils kostengünstigsten nationalen Standorte verteilten, nehme auch der Meerestransport zwischen den Produktionsstufen zu. „Die Schlüsselsektoren des Produktionsstandortes Deutschland sind (...) Teil einer globalen maritimen Wertschöpfungskette“, resümiert die Adenauer-Stiftung.

Der Seehandel wächst

Dabei ist der Stiftung zufolge mit einem weiteren Bedeutungszuwachs des Seehandels zu rechnen. Bereits „die jüngste Globalisierungswelle seit den 1980er Jahren“ wäre wohl „ohne eine beispiellose Erweiterung der seegebundenen Transportkapazitäten undenkbar“ gewesen, heißt es in der Analyse: Die Steigerung der Außenhandelsquoten weltweit von 19,7 (1970) auf 53,2 Prozent (2008) sei nur dank der starken Zunahme des Meerestransports ermöglicht worden. Auch der erwartete Anstieg des Welthandels in den kommenden Jahren werde die Handelsschifffahrt voraussichtlich weiter wachsen lassen. Zwar werde auch der Landtransport gefördert; so bemühe sich eine UN-Kommission um den Ausbau von Schienenverbindungen zwischen Westeuropa und Ostasien oder zwischen dem südwestchinesischen Kunming und Singapur. Inzwischen gebe es unter anderem Güter-

züge, die Autoteile aus Leipzig ins chinesische Shenyang brächten, sowie eine regelmäßig genutzte Bahnverbindung aus Duisburg nach Chongqing. Dennoch würden „die prognostizierten Transportkapazitäten“ auf dem Landweg „auch in Zukunft nur einen Bruchteil des Bedarfes decken können“, urteilt die Stiftung. Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gehe deshalb von einem erneuten Anstieg des globalen Seehandels bis zum Jahr 2030 um 125 Prozent aus.

Verwundbare „Lebensadern“

Entsprechend werde, urteilt die Adenauer-Stiftung, „die Verwundbarkeit maritimer Lebensadern“ weiter zunehmen. Bereits heute seien „Schwachstellen“ des „maritimen Transportnetzes“ bekannt – das Horn von Afrika etwa, wo gegenwärtig deutsche Kriegsschiffe operieren, zudem die Straße von Malakka oder die Straße von Hormuz. Das Wachstum des Seehandels führe wohl zur Herausbildung neuer sensibler „Knotenpunkte“ auf See, etwa vor Westafrika, heißt es weiter; deutsche Marinekreise diskutieren inzwischen über einen möglichen Marineeinsatz dort.. Andere Staaten hätten dabei „die Fragilität ihrer maritimen Lebensadern viel früher und stärker als Teil ihrer nationalen Sicherheit erkannt“ und ihr „einen entsprechenden strategischen Stellenwert“ in der Außen- und Militärpolitik eingeräumt, erklärt die Stiftung. Die USA etwa hätten schon vor langer Zeit die „Freiheit der Schifffahrt“ als „nationales Interesse“ definiert und die Konsequenzen gezogen: „Die Dislozierung von Marinestreitkräften an den maritimen Hauptschlagadern“ sei von Washington „seit dem Ende des zweiten Weltkrieges konsequent durchgeführt worden“.

Einsatzgruppenversorger, U-Boote, Fregatten...

Die Beurteilung entsprechender Aktivitäten der deutschen Kriegsmarine durch die Adenauer-Stiftung fällt zwiespältig aus. Einerseits erkennt die

Stiftung an, dass „die Bundesmarine im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr durch die Einführung eines einheitlichen Marinekommandos eine straffere Führungsstruktur erhalten“ hat. Dass der Umbau der Marine vom Verteidigungsapparat zum global einsetzbaren Kriegsinstrument („Expeditionary Navy“) weit fortgeschritten sei, hat das Militärgeschichtliche Forschungsamt bereits vor einigen Jahren bekräftigt. Die Aufrüstung schreitet zudem kräftig voran. So soll in Kürze der Einsatzgruppenversorger Bonn – der dritte seiner Art – in Dienst gestellt werden. Nächstes Jahr sollen zwei U-Boote der Klasse 212A folgen. Von 2016 an wird die Kriegsmarine aktuellen Plänen zu folge über vier Fregatten des neuen Typs F125 verfügen. Marineinspekteur Axel Schimpf ergänzte letztes Jahr: „Um zukunftsfähig zu sein, müssen wir bis zum Anfang des nächsten Jahrzehnts die neue Klasse des Typs ‘Mehrzweckkampfschiff MKS 180’ beschaffen.“

Zudem werden die alten Marinehubschrauber durch neue vom Typ NH90

ersetzt. Dieses Projekt ist allerdings zuletzt scharf kritisiert worden, weil der NH90 zu teuer und für die Marine nicht optimal geeignet sei.

„Stiefmütterlich behandelt“

Einflussreiche Militärs halten das alles jedoch für unzureichend. Der ehemalige Marineinspekteur Lutz Feldt etwa erklärte im Frühjahr in einem Presseartikel, die Marine werde immer noch „relativ stiefmütterlich behandelt“ und müsse sich nach den laufenden Planungen auch in Zukunft auf „lediglich 50 schwimmende Einheiten, 30 Hubschrauber und acht Seefernaufklärer“ beschränken – aus seiner Sicht erkennbar zu wenig.

Marinepräsenz in Schlüsselregionen

Feldt fordert deshalb die „Beherzigung“ der „Einsicht (...), dass die Kontrolle über die See den ökonomischen Wohlstand eines Staates bestimmt“ – und ein „Nachdenken über die maritime Dimension deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik“.

Deutschland solle etwa den „Ausbau bestehender Initiativen der EU und Nato zur maritimen Überwachung“ entschlossen vorantreiben; auch sei „die Einrichtung einer europäischen Küstenwache“ zu forcieren. Zudem könne man einen „europäischen Trägerverband“ aufbauen, erklärt Feldt. Gemeint ist offenbar eine Carrier Group um einen Flugzeugträger. Einen solchen besitzt die deutsche Marine nicht, könnte aber über einen europäischen Zusammenschluss auf entsprechende Kapazitäten Frankreichs oder Großbritanniens zurückgreifen.

Feldts Forderungen schließt sich jetzt die Konrad-Adenauer-Stiftung an und verlangt, neue „militärische Kapazitäten aufzubauen“. Auch müssten in Zukunft die Einsätze der Kriegsmarine ausgeweitet werden: „Die politische und militärische Präsenz Deutschlands in den Schlüsselregionen des globalen maritimen Netzwerkes ist zu verstärken.“. Die Forderung läuft auf eine weitere Militarisierung der Weltmeere zur Sicherung ökonomischen Profits durch die Bundesrepublik Deutschland hinaus.

Weitere Infos:
www.german-foreign-policy.com

Fotos: Screenshots von www.marine.de



. „Meer. Für Dich.“ - Die Imagekampagne der Marine

Unser Wohlstand hängt wesentlich vom Handel über die Weltmeere ab

70 Prozent der Erde sind von Wasser bedeckt. 80 Prozent der Weltbevölkerung leben in unmittelbarer Nähe zum Wasser. 95 Prozent, also fast der gesamte Ferngütertransport, werden auf dem Seeweg abgewickelt. Ohne einen leistungsfähigen und kostengünstigen Seeverkehr gibt es keine wirtschaftliche Entwicklung. Deutschland als rohstoffarme Exportnation ist auf den kontinuierlichen Handel über die Weltmeere besonders angewiesen.

Der Handel über die Weltmeere erfordert sichere Seewege
 Der ungehinderte Zugang zu Rohstoffen, ihren Märkten und zu wichtigen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas ist die Grundvoraussetzung für das Funktionieren eines modernen Industriestaates. Störungen oder Unterbrechungen dieses Zugangs wirken sich in einem hochkomplexen wirtschaftlichen Produktionskreislauf, der auf kontinuierliche Zufuhr von

Rohstoffen und Zwischenprodukten angewiesen ist, unmittelbar negativ aus. Freie und ungestörte Seewege sind wirtschaftliche Lebensadern, auf die der Produktionsstandort Deutschland angewiesen ist.

Eine starke Marine schützt diese Seewege

Politische, ethnisch-religiöse und wirtschaftliche Konflikte im Verbund mit Piraterie und der weltweiten Reichweite des internationalen Terrorismus sind eine zentrale Bedrohung. Diese Bedrohung wirkt sich unmittelbar auf die freien Seeverbindungen und den freien Warenaustausch aus. Eine wirksame Sicherheitsvorsorge wird durch die Deutsche Marine aktiv und in enger nationaler und internationaler Zusammenarbeit sichergestellt.

Die Deutsche Marine mit ihrem vielfältigen, leistungsstarken Fähigkeitsspektrum trägt direkt dazu bei, die Sicherheit und den Wohlstand eines jeden Bürgers zu schützen.

Die hohe Bedeutung einer leistungsstarken Marine für die Sicherheit und den Wohlstand Deutschlands und damit eines jeden Einzelnen zu verdeutlichen, ist Ziel der Imagekampagne der Marine.

Quelle: www.marine.de

Deutsche Entwicklungshilfe nach militärischen Maßstäben

von Peer Heinelt, Politikwissenschaftler und Publizist, Frankfurt a.M.

Einhergehend mit der globalen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr wird die Zusammenarbeit zwischen staatlicher Entwicklungshilfe und Militär vorangetrieben.

Der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gelten nach eigenem Bekunden seit langem die deutschen Streitkräfte als »Partner in Uniform«. Schon 2011 hat die aus der Fusion der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) und der gemeinnützigen GmbH Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) hervorgegangene GIZ mit dem Bundesverteidigungsministerium eine förmliche »Kooperationsvereinbarung« geschlossen.

währt ihnen Zugang zu »Einsatzliegenschaften«, Betreuungseinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten, Feldpost, Transportkapazitäten, notfallmedizinischer Versorgung sowie zu »Geo- oder Lageinformationen«.

Entwicklungsminister Niebel zeigte sich bereits kurz nach Amtsantritt davon überzeugt, dass »Entwicklungshilfe« und Aufstandsbekämpfung zwei Seiten derselben Medaille sind. In Afghanistan etwa müssten die »Aktivitäten unserer Hilfsorganisationen (...) dort konzentriert werden, wo die Bundeswehr aktiv ist«, ließ der Ressortchef wissen. Und weiter: »Wenn mit deutschen Steuermitteln Aufgaben erfüllt werden müssen, dann müssen sie auch im Rahmen des deutschen politischen Ziels durchgeführt werden.«

Staaten« der sogenannten dritten Welt. Bezeichnenderweise stuft das BMZ mehr als die Hälfte seiner »Partnerländer« als »fragil« ein; bei ihnen handele es sich um potentielle »Drehzscheiben für internationalen Drogen- und Waffenhandel sowie Terrorismus«, heißt es. Da die besagten »fragilen Staaten« somit ein »Risiko« für die »globale Sicherheit« darstellten, wird einmal mehr eine enge Verzahnung von Entwicklungs-, Außen- und Militärpolicy gefordert.

Grundlage des Dokuments sind dem BMZ zufolge die gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesverteidigungsministerium erarbeiteten ressortübergreifenden Leitlinien für eine »kohärente Politik« gegenüber »fragilen Staaten«. Analog den Ausführungen des Entwicklungsmiesteriums werden »fragile Staaten« darin als »große Herausforderung für die globale Sicherheit« beschrieben: »Sie bilden grenzüberschreitende Destabilisierungspotentiale, dienen als Umschlagplätze für illegalen Waffen-, Drogen-, Menschen- und Kulturguthandel, als Rückzugsräume für terroristische Netzwerke, und sie bedrohen den legalen Handelsverkehr.«

Das Beispiel Afghanistan

Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass die von der GIZ praktizierte »zivil-militärische Zusammenarbeit« in Afghanistan am weitesten fortgeschritten ist. Bereits kurz nach dem Einmarsch der westlichen Besatzungstruppen anno 2001 wurde die damalige GTZ für die Bundeswehr tätig. Wie einer Selbstdarstellung zu entnehmen ist, »unterstützte« man die Truppe zunächst bei »Bauvorhaben« in Kabul, um dann – parallel zur Übernahme der Kommandogewalt durch das deutsche ISAF-Kontingent – seinen Arbeitsbereich auf den Nordosten des Landes auszudehnen: »Kernstück war die komplette Planung und Erstellung der Liegenschaft für die Bundeswehr in Kundus (...) Diese umfasst Unterkünfte, Stabs- und Funktionsgebäude, ein Rettungszentrum, Straßennetz sowie ein Ver- und Entsorgungs-



Foto: Bewachtes Objekt der KfW in Afghanistan (Christine Buchholz - 2010)

Diese sieht vor, die Truppe mit entwicklungspolitischem Know-how zu unterstützen – etwa durch die Bereitstellung GIZ-eigener »Analyse(n) von Einsatzgebieten« und die »Schulung von Soldaten« in »Islam-sensiblem Verhalten«. Teil des Vertrags ist zudem die »Zusammenarbeit beim Management von Baumaßnahmen«. Umgekehrt lässt die Bundeswehr die GIZ im großen Maßstab an ihrer Infrastruktur teilhaben; sie bietet deren Mitarbeitern »vorbereitende Trainings« und ge-

Strategische Gemeinsamkeiten

Erst Anfang März dieses Jahres präsentierte Niebel der Öffentlichkeit ein neues »Strategiepapier« seines Hauses, das sich ausdrücklich zu einer engen Kooperation mit der Bundeswehr im Rahmen militärischer Operationen bekennt. Es trägt den Titel »Entwicklung für Frieden und Sicherheit« und trifft Aussagen zum Umgang mit von Bürgerkriegen und ökonomischen Krisen betroffenen »fragilen

system, einschließlich einer Kläranlage und Wasseraufbereitung. Auf der Grundlage der militärischen Bedarfssanforderungen berücksichtigte die GTZ bei der Planung angepasste ortsübliche Bauweisen und die Nutzung lokaler Ressourcen. Die Ausführung der Baumaßnahmen erfolgte – soweit wie möglich – mit lokalen Unternehmen und Arbeitskräften, die bei Bedarf qualifiziert wurden.« Dabei kam der Entwicklungsagentur nach eigenen Angaben zugute, dass sie »aufgrund ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit der Bundeswehr mit den Rahmenbedingungen (...) für den Bau von Einsatzliegenschaften vertraut ist und die Funktionsabläufe der Wehrverwaltung kennt.«

Gleichzeitig führte die GTZ in den afghanischen Nordostprovinzen »rasch sichtbare Maßnahmen des Wiederaufbaus« durch. Diese hatten ausschließlich den Zweck, die gesellschaftliche »Akzeptanz« für die deutschen Besatzer zu erhöhen und der Truppe so ein »sicheres Umfeld« zu verschaffen.

Aufstandsbekämpfungsstrategien

2009 wurde bekannt, dass die Entwicklungsagentur in Afghanistan nicht nur für die deutschen Streitkräfte tätig war: In der hart umkämpften Provinz Ursagan baute sie im Auftrag des niederländischen ISAF-Kontingents eine 40 Kilometer lange Straße. Nach Angaben der GTZ sollte der Verkehrsweg den vor Ort ansässigen Bauern den Zugang zum Markt in der Provinzhauptstadt ermöglichen und als »Signal« dafür fungieren, dass »der Westen seine Wiederaufbauversprechen entgegen der Taliban-Propaganda tatsächlich hält«. Es gehe darum, formulierte GTZ-Projektleiter Gert Both nahezu wortgleich mit Bundeswehrveröffentlichungen, »die Herzen und Köpfe zu gewinnen und die Bevölkerung wegzuholen von Taliban und Terroristen«.

Die in Ursagan aktiven Rebellen dürften den Straßenbau allerdings nicht nur aufgrund dieser Aussage als Infrastrukturprojekt zugunsten einer forcierten Aufstandsbekämpfung interpretiert haben – bekanntlich werden befestigte Transportrouten sowohl von einheimischen Bauern als auch von Militärpatrouillen genutzt.

Integraler Bestandteil erfolgreicher Aufstandsbekämpfung ist der Aufbau einheimischer Repressionsorgane. Folgerichtig engagiert sich die aus der GTZ hervorgegangene GIZ in Afghanistan eigenen Angaben zufolge denn auch dafür, der dortigen Polizei »eine gute Ausbildung, Ausstattung und Infrastruktur« zuteil werden zu lassen. Seit 2008 hat die Entwicklungsagentur für sie Akademien, Trainingszentren und Hauptquartiere in Kabul, Mazar-i-Scharif, Kundus und Faisabad errichtet. Gleichzeitig wurde 11000 Polizisten in den von der Bundeswehr besetzten Nordprovinzen des Landes Lesen und Schreiben beigebracht.

Damit einhergehend vermittelte ihnen die GIZ nach eigenem Bekunden einschlägiges »Fachwissen«; so lernten sie etwa, »geltendes Recht anzuwenden« und sich »selbstständig Informationen zu beschaffen«. Gemeinsam mit dem von der Bundesregierung nach Afghanistan entsandten »Deutschen Polizei-Projektteam« und der EU-Polizeimission EUPOL nimmt die Entwicklungsagentur für sich in Anspruch, bis heute insgesamt mehr als 50000 Afghanen zu Polizisten ausgebildet zu haben. Davon haben aber bisher bereits einige Tausende bei Anschlägen und bei Kämpfen mit Aufständischen ihr Leben verloren - Tendenz steigend.

Zivil-militärische Besatzung

Fraglich ist auch, ob ein Projekt der GIZ mit dem Ziel, die Opiumproduktion am Hindukusch zu reduzieren und »den illegalen Handel auf den bekannten Transportrouten einzudämmen«, Erfolg haben wird. Zusammen mit dem Bundeskriminalamt (BKA) will man nach eigenen Angaben die »Kommunikations-, Analyse- und Fahndungsfähigkeiten« der Repressionsdienste in Afghanistan und seinen Anrainerstaaten verbessern.

Abgesehen davon, dass unter dem Deckmantel der Antidrogenpolitik oftmals schlicht Aufstandsbekämpfung betrieben wird, dürften afghanische Bauern in aller Regel nur deshalb Schlafmohn anbauen, weil sie keine anderen Einkommensquellen haben. Die vielbeschworene »Entwicklungshilfe« hat hieran nichts geändert, verfolgt sie doch in erster Linie das Ziel, neben

Militär und Polizei vor allem die Profite deutscher Konzerne zu entwickeln – selbst unter widrigsten Bedingungen: Nicht ohne Grund ist die GIZ Teil der »Global Player Initiative« des BKA, die es sich laut BMZ zur Aufgabe gemacht hat, mit Rat und Tat »deutsche Großunternehmen« zu unterstützen, »die an internationalen Brennpunkten starke Interessen haben.«

Aufgrund der politischen Ausrichtung der GIZ wird ihr Personal immer wieder zur Zielscheibe von Attacken aufständischer Gruppen. Die naheliegende Schlussfolgerung, zumindest die Kooperation mit Besatzungstruppen und Repressionsorganen einzustellen, um die eigenen Mitarbeiter zu schützen, wird jedoch schon lange nicht mehr gezogen.

Statt dessen setzt die Entwicklungsagentur nach eigenen Angaben auf ein »professionelle(s) Sicherheits- und Krisenmanagement«. Zudem arbeitet die GIZ an etwa der Hälfte ihrer weltweiten Standorte mit privaten Sicherheitsfirmen zusammen, die »Dienstleistungen zum Schutz sowie zur Be- und Überwachung von Personen und Objekten erbringen«.

In Afghanistan führt die Entwicklungsagentur darüber hinaus ein »Projekt im Bereich Risikomanagement« durch, an dem auch die KfW-Entwicklungsbank, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Zentralstelle für Auslandsschulwesen (ZfA) beteiligt sind. Gemeinsam will man eine »Akzeptanzstrategie« erarbeiten, die durch »Maßnahmen im operativ relevanten Umfeld« zur »Erhöhung der gesellschaftlichen Anerkennung« der beteiligten Organisationen beiträgt und so das »Risiko von Angriffen« vermindert.

Um »gute Beziehungen zur lokalen Bevölkerung aufzubauen«, sei es notwendig, nicht nur »Sinn und Zweck« der eigenen Vorhaben »zu erläutern«, sondern sich auch »konfliktsensibel« und »kulturell angepasst« zu verhalten, heißt es. Für den Fall, dass die projektierte »Akzeptanzstrategie« nicht zum Erfolg führt, hat die GIZ allerdings schon vorgesorgt – mittels detaillierter »Evakuierungspläne«.

Soziale Rechte sind Menschenrechte – nicht in Deutschland

Interview mit MdB Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE



Foto: Annette Groth (rechts) auf dem Weltsozialforum 2013 in Tunis

FJ: Als Sprecherin für Menschenrechte der Bundestagsfraktion DIE LINKE haben Sie in der zurückliegenden Legislaturperiode sich mit einer Vielzahl von Menschenrechtsfragen weltweit befasst. Wie weitgehend muss man den Begriff Menschenrechte definieren?

Meines Erachtens muss der Begriff der Menschenrechte sehr universell definiert werden. Die Bundesregierung hingegen scheint für sich gar keine allgemeingültige Definition festgelegt zu haben, sondern die Frage nach den Menschenrechten vor allem an geostategischen und ökonomischen Interessen auszurichten. So werden Menschenrechte beliebig und vor allem zu einem machtpolitischen Instrument. Deutlich zeigt sich, dass die Interessen der international agierenden Konzerne die Außenpolitik der Bundesregierung maßgeblich beeinflussen. In der Außenhandelspolitik, beim Abschluss von Handelsabkommen, in der Investitionspolitik, aber auch in der Entwicklungszusammenarbeit, stehen nicht die Grundsätze eines an Menschenrechten orientierten Handelns im Mittelpunkt, sondern die Förderung von international agierenden Unternehmen. Menschenrechtspolitik ist für diese Bundesregierung immer mehr zur Begründung von Kriegen und militärischen Interventionen verkommen.

Auch deutsche und europäische Unternehmen sind häufig direkt oder indirekt an Menschenrechtsverletzungen beteiligt, z.B. an den katastrophalen Bränden in den Nähereien in Bangladesch oder an der Kinderarbeit auf Kakaoplantagen in der Elfenbeinküste. Gleichzeitig werden durch die Bundesregierung Investitionen der deutschen Wirtschaft im Ausland finanziell unterstützt, ohne eine ausreichende Menschenrechtsprüfung vorzunehmen.

Bürgerliche und soziale Menschenrechte dürfen nicht einzeln betrachtet werden, sondern müssen als individuell einklagbare Rechte für jeden Menschen durchgesetzt werden. Während die Bundesregierung die bürgerlichen Menschenrechte zwar immer offensiv nach außen einfordert, sie jedoch z.B. gegenüber Migrantinnen und Migranten straflich vernachlässigt, sind soziale Menschenrechte als universelle Menschenrechte für die Bundesregierung real zweitrangig.

FJ: Wo sind aus Ihrer Sicht weltweit die größten Menschenrechtsprobleme zu sehen, die aus deutscher Sicht ein besonders begründetes Engagement erfordern?

Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen. Die deutsche und europäische Handelspolitik trägt zum Hunger auf der Welt aktiv bei und behindert die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder des globalen Südens. Mehr als 900 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, mehr als 2,5 Milliarden Menschen haben keinen ausreichenden Zugang zu sanitären Einrichtungen. Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen wird mehreren Milliarden Menschen vorenthalten. Unter anderem durch Landgrabbing und die von westlichen Agrarkonzernen forcierte Industrialisierung der Landwirtschaft, aber auch durch den Vormarsch von genmanipuliertem Saatgut und von Spekulation mit Nahrungsmitteln werden die Lebensgrundlagen der Kleinbauern in den Staaten des globalen Südens systematisch zerstört.

Gleichzeitig nehmen Kriege und bewaffnete Konflikte in Folge des Klimawandels und des Kampfes um natürliche Ressourcen wie Wasser, Rohstoffe und fruchtbare Land stetig zu. Die imperialen Staaten des Nordens missbrauchen diese Folgen ihrer verfehlten Politik für die Begründung von Militärinterventionen in immer mehr Regionen der Welt – immer häufiger begründet durch den Verweis auf die Menschenrechte. Im Rahmen von internationalen Militärmissionen begangene Menschenrechtsverletzungen, u.a. die Tötung und Vernichtung der wirtschaftlichen und sozialen Existenz zahlreicher Menschen unter Beteiligung der Bundeswehr, werden dabei ganz bewusst geleugnet bzw. unterschlagen.

FJ: Demgegenüber wird hierzu lande parteiübergreifend das Thema Menschenrechte auf die Verhältnisse in bestimmten, auserwählten Staaten, z.B. Russland, China und Kuba reduziert. Welche Beispiele für doppelte Standards in der Menschenrechtsfrage muss man der Bundesregierung besonders anlasten?

Es ist offensichtlich, dass die Bundesregierung bei zahlreichen außenpolitischen Themen und Konflikten doppelte Standards anlegt. So werden Länder wie China immer wieder für die Anwendung der Todesstrafe kritisiert. Gegenüber den USA ist diese Kritik vergleichsweise gering. Dabei sind es gerade die USA, die nicht nur die durch Gerichtsurteile „legitimierten“ Todesstrafe anwenden, sondern darüber hinaus in Form von „gezielten Tötungen“ Menschen hinrichten, ohne sich an rechtsstaatliche Prinzipien zu halten.

Die russische Regierung wird regelmäßig für ihre Missachtung der Menschenrechte kritisiert. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang von Seiten der Bundesregierung auf die mangelnde Respektierung der Informations- und Meinungsfreiheit hingewiesen. Wenn aber Menschen auf der ganzen Welt durch die NSA ausgespioniert werden, spielt die Bundesre-

gierung dies – und ihre Mitwisserschaft und Beteiligung – herunter. Was wäre geschehen, wäre ein Spionage-Angriff in nur annähernd so großen Dimensionen von Russland aus gegangen?

Besonders deutlich werden die doppelten Standards auch beim Verhalten der Bundesregierung und der EU gegenüber Kuba. Einerseits wird auch mit den Stimmen der allermeisten EU-Länder seit langen Jahren in der UNO-Vollversammlung regelmäßig die bereits seit 50 Jahren andauernde, völkerrechtswidrige Blockade Kubas durch die USA verurteilt. Andererseits unternehmen selbige Regierungen keine ernsthaften Bemühungen, diese Blockade zu beenden oder durch eine konkrete Hilfe für Kuba dazu beizutragen, dass die Nachteile für die Menschen aus Kuba, die durch die Blockade entstehen, abgebaut werden. Die Hilfen für Kuba aus der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit werden bewusst gering gehalten und damit auch durch die Bundesregierung der Versuch unternommen, den eigenständigen Weg Kuba zu untergraben.

Aber auch innerhalb Deutschlands glänzt die Bundesregierung nicht gerade durch vorbildhaftes Verhalten. Um nur ein Beispiel zu nennen: während der Blockupy-Aktionstage im Juni 2013 in Frankfurt ging die Polizei mit äußerster Härte gegen friedliche Protestierende vor und kesselte Tausende ein. 20.000 Menschen wurde dadurch ihr verfassungsgemäßes Recht auf freie Meinungsäußerung verweigert. Die Bundesregierung betonte, sich zu dem Vorfall nicht äußern zu können, da das Bundesland Hessen zuständig sei. Zu dem nahezu zeitgleichen brutalen Vorgehen der türkischen Polizei gegen Demonstrierende auf dem Taksim-Platz konnte die Bundesregierung hingegen ausführlich Stellung nehmen. Zwar zu Recht – zugleich wird hier aber die Anlegung von Doppelstandards mehr als deutlich.

FJ: Wie stellt sich die Lage der Menschenrechte in Deutschland aus Sicht des UN-Menschenrechtsrates und anderen internationalen Institutionen und NGO's dar?

Der UN-Menschenrechtsrat hat bei seiner zweiten Überprüfung Deutschlands im Rahmen des sogenannten UPR-Verfahrens (Universal Periodic Review, Deutsch "Universelles Periodisches Überprüfungsverfahren") in Deutschland eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen festgestellt. Kritisiert wurde z.B. die Weigerung der letzten Regierungen, internationale Menschenrechtsabkommen zu ratifizieren.

Die Bundesregierung weigert sich darüber hinaus, den Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention zum Vorrang des Kindeswohls in allem staatlichen Handeln ausreichend nachzukommen, insbesondere für minderjährige jugendliche Flüchtlinge von 16 bis 18 Jahren. Sie werden nach dem Asylverfahrensrecht als voll verfahrensmündig behandelt, obwohl die UN-Kinderrechtskonvention fordert, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus gleich behandelt werden müssen. Übrigens verstößt auch die zunehmende Präsenz von Militärangehörigen an Schulen und in Bildungseinrichtungen gegen die Kinderrechtskonvention.

Deutschland wird auch bescheinigt, dass hier ein alltäglicher Rassismus und eine Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund vorherrschen. Dies zeigt sich in der Praxis von Polizistinnen und Polizisten, die Personenkontrollen nach dem Kriterium der Hautfarbe durchzuführen („ethnic profiling“). Solche eklatanten Menschenrechtsverletzungen müssen strafrechtlich verfolgt werden.

FJ: Was ist konkret von der Bundesregierung in Bezug auf die Abschottungspolitik gegenüber den zunehmenden Flüchtlingsströmen zu fordern?

Die Europäische Union baut immer höhere Mauern zur Abwehr von Flüchtlingen. Mit satellitengestützten Überwachungssystemen, High-Tech-Zäunen und Nachtsichtgeräten sowie gut ausgerüsteten Polizeieinheiten macht die EU-Grenzschutzagentur Jagd auf Flüchtlinge. Allein im Mittelmeer sind in den letzten Jahren mehr als 10 000 Menschen bei dem Versuch, in die Eu-

ropäische Union zu kommen, ertrunken – und die Gemeinschaft der europäischen Staaten schaut bewusst weg. Nicht nur Human Rights Watch hat darauf hingewiesen, dass die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX Migrantinnen und Migranten unmenschlicher und erniedrigender Behandlung aussetzt. An der griechisch-türkischen Landgrenze werden aufgegriffene Migrantinnen und Migranten in völlig überfüllte, menschenunwürdige Haftzentren überstellt.

Ganz bewusst werden die Ursachen von Flucht und Vertreibung von den Mächtigen der Welt ausgeblendet, wirksame Gegenmaßnahmen fast nicht getroffen. Folgen des Klimawandels, Ausbeutung, Rohstoffinteressen aber auch die Absicherung der Macht von korrupten Regimen sind häufig direkt von den Industriestaaten beeinflusst – wenn nicht gar gesteuert! Gegenmaßnahmen – wie beispielsweise eine andere Handelspolitik, die Durchsetzung von verbindlichen Standards für international agierende Konzerne oder aber einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit – werden abgelehnt.

FJ: Inwieweit haben wir Ihrer Meinung nach reelle Chancen auf eine Sensibilisierung der deutschen Bevölkerung für Menschenrechtsfragen?

Durch die Arbeit von vielen antirassistischen Initiativen, Friedensgruppen aber auch der Arbeit der LINKEN ist es in den letzten Jahren gelungen, menschenrechtliche Fragen zumindest in einer Teilöffentlichkeit zu thematisieren. Wir spüren immer wieder, dass die Diskussion über Menschenrechte unmittelbar strukturelle Grundfragen der wirtschaftlichen Verfasstheit berührt. Das kapitalistische System trägt täglich dazu bei, die Menschenrechte für die Profitinteressen der großen Unternehmen auszuhebeln. Es ist deshalb eine zentrale Aufgabe, menschenrechtliche Grundforderungen aus der rein humanitären Debatte herauszuholen und sie mit den grundlegenden Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Friedenspolitik zu verbinden. Linke Menschenrechts-politik ist deshalb vor allem Gesellschaftspolitik.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Der neue deutsche Heimatschutz

von Juliane Pilz, DFG-VK, Essener Friedens-Forum

Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr und der Neukonzeption der Reserve finden seit letztem Jahr in allen Bundesländern Gelöbnisse von „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften“ (RSUkr) für den so genannten Neuen Heimatschutz statt. Die Aufstellungsappelle bilden den zeremoniellen Höhepunkt der ab 2003 schleichend vorangetriebenen Transformation der Bundeswehr durch das Konzept der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (CIMIC/ZMZ).

tenkompanie wurde im Juni 2012 in Bremen durchgeführt, weitere folgten von Januar bis Juli 2013 in Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Saarland, Niedersachsen, Bayern, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen.

In Nordrhein-Westfalen sind 3 Reservistenkompanien in Unna, Ahlen und Düsseldorf aufgestellt worden. Ihre Vereidigung ging am 14.Juni in Essen über die Bühne der ehemaligen

schutz! Nein zur Militarisierung im Innern! Gegen regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte!“ auf. Die Lokalpresse zeigte sich empört: „... Es ist völlig überzogen, wenn eine Parlamentsarmee im demokratischen Rechtsstaat von einigen behandelt wird, als handele es sich um eine aggressive Angriffstruppe, der man die öffentlichen Auftritte vergällen müsste. ... Was stört ist die moralisch aufgeladenen Selbstgerechtigkeit, die im Umgang mit der Bundeswehr um sich gegriffen hat und sich im Kleinen auch in Essen zeigt...“. Pressekommentare wie dieser ignorieren, dass es nicht um die Frage geht, ob und wie „aggressiv“ Regionale Sicherungs- und Unterstützungskompanien sind, sondern welche Funktion und Aufgaben sie haben.



Foto: Reservistengelöbnis auf der Zeche Zollverein in Essen (Bernhard Trautvetter)

Teilnehmer und Mitwirkende bei diesen Gelöbnissen sind Repräsentanten und Vertreter von Polizei, Landesregierungen, Kommunen, zivilen Katastrophenhilfswerken, Kirchen, etc. Die schon lange aufgeworfene brisante Frage „Wappnet sich der Staat in Wirklichkeit - gerade in Zeiten verschärfter ökonomisch-sozialer Krisen – vorsorglich auch gegen mögliche soziale Unruhen und Aufstände?“ wurde bisher in den sozialen Bewegungen einschließlich der Friedensbewegung vor Ort zu wenig beachtet.

Die Gelöbnisse finden auf Bundeswehr-Gelände oder historischen Denkmälern, wie z.B. der Hohenzollern Veste Burg Cadolzburg in Nordbayern, der Zeche Zollverein in Essen oder auf Schloss Biebrich in Wiesbaden statt. Die erste Vereidigung einer Reservis-

Zeche Zollverein. Im Unterschied zu anderen Aufstellungsappellen war die „Premiere für das Weltkulturerbe“ öffentlich. Für die zuständige Stiftung Zollverein stellte der Missbrauch des UNESCO-Welterbes für militärische Zwecke kein Problem dar. „Für uns ein normales Mietgeschäft“, so die Sprecherin der Stiftung. Für die Vertreterin der Landesregierung, Landtagspräsidentin Carina Goedecke war das militärische Tschingderassabum auf dem Kulturgelände sogar eine „großartige symbolische Inszenierung“ . Alarmiert durch einen linkspopulistischen Aufruf, in dem eine Gleichsetzung der RSUkr mit dem Freikorps der Weimarer Republik erfolgte, riefen 17 lokale und landesweite Organisationen unter Federführung des Essener Friedens-Forums kurzfristig zu einer Kundgebung „Nein zum Neuen Heimat-

Neukonzeption der Reserve

Die RSUkr sind das Rückgrat der Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Innern (ZMZ I). Nach Aussetzung der Wehrpflicht seit 2011 sollen und können deutsche Staatsbürger entscheiden, ob sie sich im Alter zwischen 18 und 65 Jahren wahlweise für den angeblich zivilen „Katastrophenschutz“ oder für Kriegseinsätze der Bundeswehr zur Verfügung stellen. Das Konzept ZMZ I unterscheidet nicht mehr nach militärischen und nicht-militärischen Aufgaben, sondern nur noch nach Fähigkeiten und Interessen des/der Einzelnen. Für den inneren Einsatz sollen bis Anfang 2014 – auf alle Bundesländer verteilt - 30 RSU-Kompanien mit jeweils (vorläufig) 109 Soldaten/-innen in Dienst gestellt werden. Je nach Landesgröße sind dieses eine bis sieben Kompanien. In einem breit gefächerten Ausbildungsprogramm werden die ReservistInnen vor allem am Gebrauch von Handfeuerwaffen wie dem Schnellfeuergewehr G-36, P-8 - Selbstladepistolen zur „Selbstverteidigung im Nahkampf und Zweitbewaffnung für Maschinengewehrschützen und Scharfschützen“ oder in Sonderfällen am MG 3 gedrillt. Neuen Bewerbern und Interessierten wird unmissverständlich mitgeteilt, dass sie einen fundamental anderen

Auftrag haben als die gewohnte zivile Katastrophenhilfe: „Statt sich wie bisher in Feuerbekämpfung, ABC Schutz oder Flugabwehr zu üben, steht für die RSU-Kräfte wieder der klassisch-militärische Auftrag im Mittelpunkt ... Erst in zweiter Linie spielen die unterstützenden Hilfeleistungen im Rahmen der Katastrophenhilfe eine Rolle“

Die RSUKr sind Teil der neuen Territorialreserve „und bestehen grundsätzlich aus Reservisten mit regionaler Bindung“. Sie unterstehen dem Kommando Territoriale Aufgaben in Berlin und 16 Landeskommmandos in den Landeshauptstädten. Auf regionaler Ebene sind rund 470 Bezirks- und Kreisverbündungskommmandos mit einem Beauftragten der Bundeswehr(BeaBwZMZ) und je 12 Reservisten für die Zusammenarbeit mit Polizei, Behörden und zivilen Hilfswerken im Aufbau. Für ihre Aus- und Weiterbildung gibt es in Anbindung an BW-Bataillone oder –regionaler 16 ZMZ-„Stützpunkte“ mit speziellen Schwerpunkten. Grundsätzlich soll die Ausbildung der RSUKr „... eine bedarfsgerechte Auffrischung militärischer Kenntnisse und Fähigkeiten sicherstellen“

Förderale Strukturen für bewaffnete Einsätze im Innern

Neu und wesentlich für die Neustrukturierung der BW im Innern ist die Föderalisierung und Regionalisierung

der Reserve und der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit. Mit ihr gewinnt die herrschende Sicherheitspolitik zum einen ein breitflächig gestreutes und bezahltes Heer von Propagandisten für den Dienst an der Waffe und für die Akzeptanz der BW in der Zivilbevölkerung. „Es kommt vor allen Dingen darauf an, auf allen Ebenen, beginnend im privaten Freundeskreis und endend im politischen Raum, den Stellenwert der Bundeswehr und ihrer Reserve in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken...“, so das Bundesministerium für Verteidigung.

Zum anderen gewährleistet die regionale „Vernetzte Sicherheit“ mit den zivilen Institutionen auf allen Ebenen, dass Einsatzentscheidungen erheblicher schneller, unbürokratischer und u.U. auch unter Umgehung noch bestehender juristischen und parlamentarischer Hürden getroffen werden können.

Hauptaufgabe der föderalisierten Reserve ist der „Schutz Kritischer Infrastruktur“. Nach Aussagen der Regierung sind dies „Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das Staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden...“. Zu diesen gehören in erster Linie Einrichtungen

der Bundeswehr und ihrer Verbündeten auf deutschem Hoheitsgebiet, deren Schutz bisher ausschließlich Aufgabe der Polizei war. Welche anderen „Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das Staatliche Gemeinwesen“ gemeint sind, bleibt im Dunkeln. Antworten der Bundesregierung auf Anfragen der Linkspartei geben keine Aufklärung über die möglichen Objekte und Anlässe. Nur eine Aussage ist unmissverständlich. Auf die Frage, ob die Bundesregierung vorhat, „... aus(zu)schließen, dass die ZMZ-Strukturen zur Unterstützung polizeilicher Repressionsmaßnahmen gegen Streikende und/oder Demonstrantinnen und Demonstranten herangezogen werden,...“ lautet die kategorische Antwort: „Nein“

2012: Legitimation durch Verfassungsgerichtsurteil

Wie zuvor den Out-of-Area Einsatz hat das Bundesverfassungsgericht am 3.Juli 2012 in einem „juristischen Handstreich“ den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Innern die Tür geöffnet. Von den 16 Verfassungsrichtern hat nur Einer das Urteil entschieden abgelehnt.

Diese neue, weitgehend unbekannte Dimension der inneren Militarisierung braucht mehr Aufklärung und Protest vonseiten der Friedensbewegung in Ländern und Kommunen.

Plenarentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Einsatz der Streitkräfte im Inneren („Luftsicherheitsgesetz“)

Die Verfassung begrenzt einen Streitkräfteeinsatz im Inneren in bewusster Entscheidung auf äußerste Ausnahmefälle. Es ist jedoch weder durch den Wortlaut des Art. 35 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 GG noch die Systematik des Grundgesetzes zwingend vorgegeben, dass der Streitkräfteeinsatz nach diesen Bestimmungen auf diejenigen Mittel beschränkt ist, die nach dem Gefahrenabwehrrecht des Einsatzlandes der Polizei zur Verfügung stehen oder verfügbar gemacht werden dürfen. Vielmehr spricht der Regelungszweck, eine wirksame Gefahrenabwehr zu ermöglichen, für eine Auslegung, die unter den engen Voraussetzungen, unter denen ein Einsatz der Streitkräfte überhaupt in Betracht kommt, die Verwendung ihrer spezifischen Mittel nicht generell ausschließt. [...]

Der Einsatz der Streitkräfte als solcher wie auch der Einsatz spezifisch militärischer Kampfmittel kommt allerdings nur unter engen Voraussetzungen in Betracht. [...]

Sondervotum des Richters Gaier:

Nach meiner Ansicht schließt das Grundgesetz in seiner gegenwärtigen Fassung den Kampfeinsatz der Streitkräfte mit spezifisch militärischen Waffen sowohl in Fällen des regionalen [...] wie in Fällen des überregionalen Katastrophennotstandes aus. [...].

Selbst wenn Gewalttätigkeiten oder Unruhen drohen sollten, die in ihren Folgen das Ausmaß besonders schwerer Unglücksfälle erreichen, dürfen bewaffnete Streitkräfte im Innern nicht etwa dazu eingesetzt werden, um allein schon durch ihre Präsenz die Bevölkerung etwa bei Demonstrationen einzuschüchtern [...] Im Schatten eines Arsenal's militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen.

Quelle: www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg12-063



Aktionstage im Juni:



Vom 13. - 15. Juni 2013 fanden im Rahmen der dezentralen Aktionstage für militärfreie Bildung und Forschung in mehreren Städten unterschiedliche Veranstaltungen und Aktionen gegen die Militarisierung von Schulen und Hochschulen statt.

Ziel der Aktionstage war es, Öffentlichkeit und Politik auf die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft aufmerksam zu machen und für eine friedliche, aufklärerische Ausrichtung von Bildung und Wissenschaft zu streiten. Denn Bildung und Wissenschaft können dazu beitragen, die Ursachen von Krieg und die Voraussetzungen für Frieden zu ergründen. Der Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen und militärisch orientierte Forschung und Lehre an Hochschulen zielen stattdessen auf die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik.

Die Forderungen des Bündnisses sind die gesetzliche Verankerung der zivilen und friedlichen Ausrichtung von Hochschulen sowie die Kündigungen der bestehenden Kooperationsabkommen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien und das Zurückdrängen von Jugendoffizieren und sog. »Karriereberatern« der Bundeswehr aus den Schulen. Mit vielen bunten und unterschiedlichen Aktionen und Veranstaltungen wurden nicht nur diese Forderungen kundgetan.

Um nur ein paar Beispiele zu nennen: In Stuttgart »starben« FlashmobteilnehmerInnen vor der Deutschen Post um gegen die Bundeswehrson-

derbriefmarke zu protestieren. In Düsseldorf und Stuttgart gab es Mahnwachen zur Kündigung der Kooperationsvereinbarungen. In Baden-Württemberg wurden viele grüne Abgeordnete in einer konzentrierten Aktion angerufen. In Hamburg, Mainz, Köln, Göttingen, Trier, Karlsruhe, Ludwigsburg und Wuppertal wurden vor Schulen oder an öffentlichen Plätzen Flyer verteilt, Infotische aufgeschlagen oder Unterschriften gesammelt, um auf die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Schulen aufmerksam zu machen. In Breisach gab es Widerstand gegen die Militärparade zur deutsch-französischen Freundschaft, und in vielen weiteren Städten wurde informiert, diskutiert, Filme gezeigt und zur Tat geschritten. Als ein zentrales Element startete mit den Aktionstagen auch die bundesweite Unterschriftenkampagne »Lernen für den Frieden!« Kein Militär und keine Rüstung in Bildung und Wissenschaft - Lernen für den Frieden! Allein über 300 Unterschriften sind beim GEW-Gewerkschaftstag in Düsseldorf gesammelt worden. Der Bundesverband der GEW unterstützte die Kampagne dabei einstimmig. Die ersten Unterschriften sollen am 5. Dezember bei der Kultusministerkonferenz in Bonn den politisch Verantwortlichen übergeben werden (weitere Infos sowie Listen zum Download unter: www.lernenfuerdenfrieden.de).

Lena Sachs Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr“
(leicht gekürzt aus *antifa* der VVN-BdA)

Mahnwachen am Hiroshimatag:

Atomwaffen abschaffen!

Am 6. August fanden in vielen Städten Baden-Württembergs wie natürlich auch anderswo Mahnwachen zur Erinnerung an den ersten Atombombenabwurf und seine katastrophalen Folgen statt. Verbunden waren diese Mahnwachen überall mit der Forderung, angesichts des weiterbestehenden vielfachen atomaren Overkills, alle Atomwaffen endlich zu ächten und abzurüsten.



Mannheim: Bilder der Opfer

„Der Glaube an die atomare Abschreckung und der an die friedliche Nutzung der Atomenergie sind unweigerlich mit einander verknüpft. Wir müssen uns von beidem lösen,“ sagt Kenzaburo Oe, japanischer Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger. In Müllheim riefen deshalb der Friedensrat Markgräfler Land und das Aktionsbündnis „Fessenheim stilllegen. Jetzt“ unter dem Motto Atomwaffen abschaffen - Atomkraftwerke stilllegen - Atompolitik stoppen! gemeinsam auf und ließen Luftballons mit Kranichen in den sommerlich blauen Himmel steigen.

